

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/177

Bad Godesberg, den 15. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Haushalt der Vernunft 65

Es bleibt noch viel Arbeit für das Parlament

Von Joachim K. Raffert, MdB

2 Bund und Länder 20

Auf dem Weg zu einem Kompromiß

3 Varian Fry + 31

Viele vom NS-Regime Verfolgte verdanken ihm ihr Leben

4 Was wird aus Moise Tschombe ? 43

Boumediennes "Käfigling No. 2" muß warten

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

5 - 6 Novotny bei Tito 60

Vorreiter für Ulbricht ?

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

* * *

*

Haushalt der Vernunft -----

Es bleibt noch viel Arbeit für das Parlament

Von Joachim M. Raffert, MdB

Das Bundeskabinett verdient die Fleißnote eins. Kaum hat der Bundestag über den zweiten Konjunkturhaushalt 1967 und die Einnahmeseite der mittelfristigen Finanzplanung entschieden, da legt es den Haushaltsentwurf für 1968 und die Gesetze für die Ausgabeseite der "mifzifi" auf den Tisch, genau gesagt eines: das Finanzänderungsgesetz, dessen Paragraphen aber in mehr als 30 andere hineingreifen. Auch die heftigsten Kritiker, die, wie die Redner der Opposition im Bundestag, noch in der Freitags-sitzung der letzten Woche von einem Halbdunkel sprachen, das die Konkretisierung der Finanzpläne der Regierung der großen Koalition umgibt, werden nun nicht mehr über mangelnde Klarheit klagen können. Auch dafür verdient die Bonner Mannschaft ein Lob.

Ob alle Einzelheiten der jetzt vorhandenen Entwürfe auch in die fertigen Gesetze eingehen werden, ist dennoch nicht sicher. Der Spielraum für die parlamentarische Entscheidung ist fixiert. Wie er genutzt wird, das bleibt Sache des Bundestages. Es wird ihm in seiner Mehrheit nicht schwerfallen, den Vorstellungen der Regierung in Grundsatz zu folgen. Das ist bei den Beratungen der vergangenen Woche bestätigt worden. Wer aber die Akribie kennt, mit der die Fachausschüsse, insbesondere aber der Haushaltsausschuß, den Einzelheiten der Etatentwürfe nachzuspüren pflegen, wird sich vor exakten Voraussagen für bestimmte Objekte und Projekte hüten.

- * Eines steht fest: Der Haushalt 1968 wird - erstmalig seit langen
- * Jahren des Dahinwurstelns - nicht erst sechs Monate nach Beginn
- * des Rechnungsjahres, womöglich gerade noch vor den Sommerferien,
- * in Kraft gesetzt werden. Er wird wesentlich früher fertig sein
- * und damit Ländern und Gemeinden die Orientierungshilfe geben, auf
- * die es beim immer notwendiger werdenden Zusammenwirken aller drei
- * Ebenen der öffentlichen Hand ankommt.

Sicher ist aber auch, daß einige politisch bedeutsame Komplexe im Parlament wie in der Öffentlichkeit von Grund auf diskutiert werden müssen.

Allenthalben unumstritten werden voraussichtlich nur die Schwerpunkte Wissenschaft und Verkehrsförderung sein, die der neue Haushaltsplan entsprechend der Linie der mittelfristigen Finanzplanung setzt. Dabei aber wird die Leistungsfähigkeit und Bereitschaft der Länder sehr beachtet werden müssen.

Kaum im Parlament, aber sicher außerhalb des Bundeshauses werden die Entwicklungshilfe und die tariflichen und besoldungsmäßigen Maßnahmen für die Bundesbediensteten als Schwerpunkte der Haushaltsgestaltung angezweifelt werden.

Im Sozialhaushalt werden große Gruppen von Parlamentariern, die man nicht einfach als "Sozialromantiker" abtun darf, die Notwendigkeit des vierprozentigen Rentnerbeitrags zur Krankenversicherung ebenso bestrei-

ten wie einzelne andere im Regierungsentwurf vorgesehene Einschränkungen. Von der Qualität ihrer Alternativvorschläge wird abhängen, was sie für die Versicherten erreichen können.

Die Entwicklung der Verteidigungsausgaben wird besonders kritisch betrachtet werden. Schon in der bevorstehenden großen Verteidigungsdebatte wird nach Ansätzen zur weiteren Herabsetzung in bestimmten Positionen zu fahnden sein.

Noch nicht klar zu übersehen ist für viele Abgeordnete wie Steuerzahler auch, ob die Übergangshilfen für die Landwirtschaft zur Anpassung an den Gemeinsamen Markt und die übrigen Leistungen des Grünen Planes (zusammen fast eine Milliarde mehr als 1967) in dieser Höhe gegeben werden müssen.

Alle Einzelhaushalte werden noch genauer nach sichtbaren oder unsichtbaren Subventionen durchforstet werden. Die Erfolgchancen dabei sind allerdings nicht mehr sehr groß.

So bleibt in den nächsten Monaten noch viel zu tun. Der Haushaltsentwurf der Regierung mag nach Auffassung kritischer Beobachter weder brillant noch revolutionär erscheinen. Das soll und kann er auch nicht. Er ist ein Etat der Vernunft, über den sich sachlich reden läßt und der eine gute Ausgangsposition für die schwierigen kommenden Jahre darstellt in denen die Folgen des steuerschwachen 1967 erst voll zur Wirkung kommen werden.

* * *
Bund und Länder

Auf dem Weg zu einem Kompromiß

sp - Auf der Traktandenliste der Großen Koalition steht auch die schon längst fällige Reform der Finanzverfassung. Es muß noch eine Lösung gefunden werden, die zwar die föderative Struktur der Bundesrepublik unangetastet läßt, aber gleichzeitig den Weg freimacht für die Bewältigung unaufschiebbarer Gemeinschaftsaufgaben. Das Gebot der Stunde ist eine vernünftige Zuordnung der Aufgaben und Ausgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden unter dem Gesichtspunkt der Erneuerung und Kräftigung unseres Staatswesens. Die zweitägige Konferenz der Ministerpräsidenten verlief nicht so ergebnislos, wie es manche vorhersagten. Die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Bau und Ausbau von Hochschulen, zwei Gemeinschaftsaufgaben ersten Ranges, werden Bund und Länder gemeinsam vornehmen. Bezeichnend ist, daß die Ministerpräsidenten sich die Auffassung ihrer Experten in Sachen Finanzreform nicht ganz zu eigen machten und ihre Bereitschaft erkennen ließen, auch auf anderen Gebieten dem Bund zu geben, was nur der Bund mit Erfolg in enger Zusammenarbeit mit den Ländern durchführen kann. Die Sozialdemokraten werden alle Anstrengungen machen, um die Reform der Finanzverfassung, die so bedeutsam für die Zukunft unseres Staates ist, durchzusetzen. Dieses große Werk verträgt keinen Aufschub mehr.

Varian Fry +

Viele vom NS-Regime Verfolgte verdanken ihm ihr Leben

sp - In Easton im US-Staat Connecticut ist vor kurzen im Alter von 59 Jahren der Schriftsteller Varian Fry gestorben. In Deutschland wissen nur wenige, wer dieser Mann war. Er gehörte zu jenen mutigen Männern, die während des Zweiten Weltkrieges im besetzten Frankreich im Auftrage eines amerikanischen Hilfskomitees die illegale Flucht zahlreicher von der Gestapo gesuchten Menschen ermöglichten. Franz Werfel, Heinrich Mann, Marc Chagall und viele andere verdankten ihm ihr Leben. Im Auftrage des Parteivorstandes der SPD arbeitete der heutige Direktor der Konzentration GmbH, Fritz Heine, mit Fry zusammen. Unter ständiger Lebensgefahr wurden die vom Naziregime Verfolgten zunächst in Sicherheit gebracht, dann mit falschen Pässen versorgt und schließlich - meist auf abenteuerlichen Wegen - aus Frankreich herausgeschleust. In etwa 1.500 Fällen gelang es Varian Fry, den Bedrängten und von der Gestapo Verfolgten das Leben zu retten. Auch der frühere Finanzminister Professor Hilferding, und der außenpolitische Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Rudolf Breitscheide, standen mit Fry und Heine in Verbindung. Eine Reihe widriger Umstände verhinderten deren Rettung.

Als das Netz der Gestapo im besetzten Frankreich immer dichter wurde, haben Fry und Heine, in Verbindung mit der damaligen Vorsitzenden der Schweizer Arbeiterwohlfahrt, Kägi, dafür gesorgt, daß viele Verfolgte mit falschen Papieren ausgestattet wurden und sich im Süden Frankreichs dem Zugriff der NS-Häscher entziehen konnten. Varian Fry hat nach dem Krieg ein leider in Deutschland wenig bekanntes Buch mit dem Titel "Auslieferung auf Befehl" geschrieben, in dem er seine Erlebnisse während der Besatzungszeit schildert.

Varian Fry, Amerikaner von Geburt, hat in Frankreich die höchsten Auszeichnungen für seine mutigen Rettungsaktionen erhalten. Sein Name ist dort unvergessen geblieben. In Deutschland wurde sein Tod lediglich mit einer kurzen Agentur-Meldung registriert. - Aber jene, die unser Werk wissen, werden Varian Frys stets in tiefer Dankbarkeit gedenken.

Was wird aus Moise Tschombe ?

Boumediennes "Häftling No.2" muß warten

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Seit über zwei Monaten ist Moise Tschombe in algerischen Gefängnissen verschollen, ohne daß man sich in Algier zu einem Ausweg aus der Sackgasse entschließen könnte, in die der Menschenraub geführt hat. Auslieferung an den derzeitigen Kongopäsidenten General Mobutu, öffentlicher "afrikanischer" Prozeß in Algier - beides wurde erwogen, aber keine dieser Möglichkeiten scheint dem algerischen Regime zu behagen. So läßt man den Fall Tschombe einfach "ruhen" und hofft anscheinend, die Weltöffentlichkeit werde sich damit abfinden.

Tschombe ist nicht der einzige Häftling Boumediennes, der in algerischen Gefängnissen auf eine Gerichtsverhandlung wartet. Typisch ist der Fall des früheren Staatspräsidenten Ben Bella, der in einer Juninacht des Jahres 1965 von Boumedienne-Soldaten aus dem Bett geholt, abgesetzt und verhaftet wurde.

Großartig wurde damals ein Schauprozeß und auch die Veröffentlichung eines "Weißbuches" angekündigt. Nichts dergleichen geschah. Auch Ben Bella ist weiterhin hinter Gefängnismauern und sozusagen "vergessen". Selbst sein Freund und Beschützer, der ägyptische Präsident Nasser, konnte daran nichts ändern. Außer einigen Familienangehörigen, persönlichen Freunden, Rechtsanwälten und Legalitätsfanatikern kümmert sich niemand mehr um Ben Bella, der einst das Idol der Algerischen Revolution war.

So stellt sich die Frage, ob Boumedienne die gleiche Methode auch im Fall Tschombe auf die Dauer anwenden kann. Selbstverständlich ist keine Rede davon, daß Tschombe, ein bei afrikanischen Revolutionären besonders verhaßter Politiker, ohne weiteres freigelassen wird. Aber auch vor einer Auslieferung an General Mobutu schreckt Boumedienne zurück. Er hält nämlich den derzeitigen Kongo-Präsidenten nicht gerade für einen "Revolutionär". Anscheinend bemühte sich Boumedienne vergeblich, als Tauschgeld für eine Auslieferung Tschombes eine ausdrückliche Stellungnahme Mobutus gegen Israel zu erreichen.

Schließlich dürften in Algier Bedenken aufgestiegen sein, ob mit einer Auslieferung des früheren kongolesischen Präsidenten an seine Herren nicht ein Präzedenzfall entstünde, der für alle afrikanischen Staatsoberhäupter eines Tages gefährliche Folgen haben könnte. Ähnliche Skrupel wurden auch bezüglich eines eventuellen "afrikanischen" Schauprozesses geäußert. Die meisten afrikanischen Länder, die diesbezüglich angesprochen wurden, wirkten ab. In erster Linie Mobutu, der Tschombe "allein" kassieren und hinrichten lassen will, ohne jede Beteiligung anderer Staaten. Eine Reihe von Staatsmännern ist vor vorneherein gegenüber Boumediennes Initiativen mißtrauisch und über seine aggressive Haltung im Nahostkonflikt verärgert. - Mit einem Wort: Moise Tschombe kann weder freigelassen, noch ausgeliefert, noch öffentlich abgeurteilt werden. So bleibt er bis auf weiteres in Boumediennes Verliesen. Lebenslänglich - oder regimelänglich ...

Novotny bei Tito

Vorbeiter für Ulbricht ?

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Unter den rund 70.000 tschechoslowakischen Touristen, die in diesem Jahre die jugoslawische Adria aufsuchen werden, befindet sich auch ein Gast, mit dem man eigentlich nicht gerechnet hatte, dessen Besuch aber gerade darum erhöhte politische Bedeutung hat - der tschechoslowakische Staatspräsident und Parteichef Antonin Novotny. Es handelt sich, wie versichert wird, um einen fünftägigen Privat-Besuch, doch es fällt schwer, zu glauben, daß Novotny, der noch vor einigen Jahren zu den unversöhnlichsten Gegnern Titos gehörte nun ausgerechnet bei diesem "zeitgenössischen Revisionisten" und "gefährlichem feindlichen Ideologen" reine Erholung von Prag und Eradschin sucht.

Dazu sei zunächst einmal festgestellt, daß die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der CSSR bereits seit dem letzten Novotny-Besuch in Belgrad im September 1964 wieder in einigermaßen kultivierten Bahnen verlaufen; als Tito im Juni 1965 den Besuch erwiderte, wurde er sogar wieder als "konsequenter Revolutionär, Befehlshaber der jugoslawischen Befreiungsarmee, Inspirator des sozialistischen Aufbaus in der Nachkriegszeit und Kämpfer für den Frieden" gefeiert. Mit anderen Worten: Zwistigkeiten, die noch aus der Zeit des Bruches Titos mit Moskau im Jahre 1948 stammen, spielen im gesamten osteuropäischen Interessenkonzept nur noch eine so geringe Rolle, daß man auf sie nichts bauen darf. Das spricht freilich nicht dagegen, daß sie jederzeit wieder ausbrechen können wie zum Beispiel in den Jahren 1957/58, als wieder aus allen Rohren aufeinander geschossen wurde.

Im Schutze dieses osteuropäischen Burgfriedens mit Tito sind in der Zwischenzeit sogar mannigfaltige positive Beziehungen zwischen der CSSR und Jugoslawien entstanden: zum Beispiel ist in den letzten sechs Jahren der Warenaustausch zwischen beiden Ländern auf das Dreieinhalbfache gestiegen und bis 1970 soll er nach gemeinsamen Plänen noch einmal um das Zweifache des heutigen Standes wachsen. Auch die politischen

Beziehungen haben sich dementsprechend entwickelt: Erst im August weilte der Prager Außenminister Vaclav David in Jugoslawien, und vor wenigen Tagen eine jugoslawische Militärdelegation unter Führung des neuen Belgrader Verteidigungsministers Nikola Djubičić in der CSSR; sie wurde gleichfalls vollkornen überraschend sogar von Novotny empfangen.

Der zeitlich parallele und relativ lange Aufenthalt des ägyptischen Außenministers Mahmud Riad in Belgrad läßt nun die Vermutung zu, daß jetzt im Laufe der Gespräche zwischen Novotny und Tito auf Brioni vor allen die Nahostfrage eine Rolle spielen wird. Die CSSR ist sehr stark daran interessiert, an der Wiederaufrüstung der ägyptischen Armee beteiligt zu werden, doch war sie bei Gesprächen in Kairo nicht in der Lage gewesen, die Forderung nach einem 100-Millionen-Dollar-Kredit zu erfüllen; geboten wurde nur ein Viertel. Auch Jugoslawien ist nicht in der Lage, einen größeren Teil des von Kairo gesuchten Kredites zu übernehmen, doch könnte Tito den Tschechen im Rahmen der in Belgrad vereinbarten Koordination der Hilfsmaßnahmen für die arabische Welt sehr leicht Transporterleichterungen einräumen.

Daß weiter im Mittelpunkt der Begegnung Novotny-Tito auch die Deutschlandfrage stehen wird, kann man wiederum einer Äußerung entnehmen, die Walter Ulbricht bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Bulgarien fallen ließ. Ihr zufolge haben sich die kommunistischen Staaten auf einen gemeinsamen Standpunkt gegenüber der neuen Bonner Ostpolitik geeinigt. Diese Einigung soll es der Bundesrepublik Deutschland unmöglich machen, ohne Anerkennung der "DDR" diplomatische Beziehungen mit anderen kommunistischen Staaten aufzunehmen. Gleichzeitig sollte man sich jedoch daran erinnern, daß sich Tito weder an der Karlsbader Konferenz beteiligt hat, noch - wie aus einem Belgrader Parteidokument ersichtlich ist - die Ulbrichtschen Forderungen als eine Angelegenheit betrachtet, die im nationalen Interesse Jugoslawiens liegt.